

Abteilung Planung und Rohbau

Montag, 11. Juni

2018

Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP) für 4-jährige Lehren, Lösungen

4

Lehrjahre

Lösungen

Für die ganze Prüfung gilt: Es dürfen keine Viertelpunkte gegeben werden.

Grundwissen, Lesen, Schreiben, Grafiken Nachhaltigkeit/2000-Watt-Gesellschaft

1a

Nachhaltigkeit hat Tradition

3.0 P

1a

Bei Thomas & Co hat Nachhaltigkeit Tradition: Wir pflegen Unternehmenswerte und – kultur und geben sie an zukünftige Generationen weiter. Das langfristige Vertrauen unserer Kunden erhalten wir durch die hohe Qualität unserer Produkte und einen engen Kundenkontakt. Wir zielen auf Spezialisierung in unserer Marktnische und Wachstum durch Innovationen.

Mit der Einführung der Marke Pfau haben wir den Weg zu mehr Natürlichkeit, **Rohstoffschonung** und **Umweltverträglichkeit** eingeschlagen. Wir stützen unsere Produktion auf **erneuerbare Ressourcen**, sowohl in Bezug auf die Rohstoffe, wie auch den Energieverbrauch. Wir **produzieren emissionsarm**: Unsere **Produktionsabfälle werden** soweit wie möglich **recycelt**, das **Abwasser wird** firmenintern komplett **aufbereitet und wiederverwendet**, der **Transport** geschieht schweizweit mehrheitlich **auf Schienen**.

Alle Mitarbeiter geniessen ein Mitbestimmungsrecht im Betrieb, gerade bezüglich der internen Firmenpolitik. Zudem bestehen zahlreiche Angebote für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Gesundheitsförderung, zur Fort- und Weiterbildung oder zur Ausbildung. Wir engagieren uns in Naturschutzprojekten und es gelten bei uns hohe Anforderungen in Bezug auf Arbeitssicherheit. 16 Jahre bleiben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchschnittlich im Unternehmen. Manche Familien gehören schon in dritter oder vierter Generation zu Thomas & Co.

Schlüssel:

soziale Nachhaltigkeit – **ökologische Nachhaltigkeit** – *ökonomische Nachhaltigkeit*

Doppelnennungen möglich bei

- Unternehmenswerte: sozial und ökonomisch
- Produktequalität: ökonomisch und ökologisch
- Recycling: ökonomisch und ökologisch

3.0 P (je 0.5 P)

1b

Individuell, im Ermessen der Lehrperson

3.0 P

1b

3.0 P (je 1.0 P)

2

zum Beispiel so:

Ziel ist, in der Schweiz den heutigen Leistungsbedarf von 6300 Watt pro Kopf auf 2000 Watt zu senken. Momentan verbraucht jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Schweiz im Durchschnitt rund drei Mal mehr Energie und Ressourcen, als eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen voraussetzen würde.

3.0 P

5

3.0 P (sinnvolle, stimmige Erklärung 1.0 P; korrekt eingebaute Begriffe je 0.5 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck 0.5 P)

3

Bereich	Sparmassnahmen
Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> • Beleuchtung optimieren • Räume nach Bedarf heizen (20 Grad) resp. bei Abwesenheiten Temperatur senken • Wohnfläche auf benötigten Wohnraum begrenzen • Energiesparend Waschen (kleine Füllmenge, tiefe Temperaturen) • Wärme komplett nutzen (Heizkörper nicht verbauen/Roll- und Fensterläden nachts schliessen) • Vermieter/Eigentümer: verbrauchsabhängige Nebenkosten generieren • Selber Strom erzeugen (z.B. durch Solarstromanlage) • Ökostrom abonnieren • Verzicht aufs Kinderkriegen • ...
Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Das Fahrrad oder den öffentlichen Verkehr für kurze und mittlere Distanzen vorziehen • Auf Auto verzichten • Mehr Ferien in der Schweiz verbringen, wenig fliegen • Carsharing nutzen • ...
Ernährung	<ul style="list-style-type: none"> • Öfters mal auf Fleisch verzichten und ein vegetarisches Menü wählen/ kochen/zubereiten (die Produktion von Fleisch verbraucht ein Vielfaches mehr an Energie als Gemüse, Getreide und Früchte) • Wenn Fleisch, dann aus einheimischer Herkunft • Regionale, inländische Produkte konsumieren, um lange Transportwege zu vermeiden. • Einkäufe planen, Reste verwerten, Foodwaste vermeiden • ...
Konsum	<ul style="list-style-type: none"> • Kleider länger tragen, keine Billigklamotten von mieser Qualität kaufen • Gute Qualität aus nachhaltiger Produktion kaufen – weniger dafür langlebige Güter kaufen • Güter erst ersetzen, wenn sie nicht mehr taugen • Bei jedem Kauf überlegen, ob man etwas wirklich braucht • Beim Kauf Güter bevorzugen, die sich reparieren lassen • Kaputte Gegenstände reparieren, sie nicht sofort ersetzen • Recyclingpapier verwenden, nur ausdrucken, was nötig ist. • ...

4.0 P

6

4.0 P (je 0.5 P)

4a **positiv:** 3.0 P **7a**

Aussage	Immer mehr energiesparende Geräte, mehr Energieeffizienz, weniger Stromverbrauch
Ursache	funktionierender Wettbewerb, Anreiz für Innovationen, ...
Folge	mehr Konsum bedeutet Schaffung von Arbeitsplätzen, Anreiz zu Innovation/Fortschritt

negativ:

Aussage	immer mehr Konsum: Ressourcenverschleiss (Herstellung), Abfallberge
Ursache	Bevölkerungswachstum, Demografie (Leute werden älter), Wohlstandsgesellschaft, tiefe Preise
Folge	wachsende Abfallberge, mehr Umweltbelastung (CO2 etc.), Zerstörung natürlicher Ressourcen, Umweltverschmutzung

3.0 P (für Aussage und Ursache und Folge je 0.5 P)

4b 2.0 P **7b**

- Die Schweizer Post verrechnet die Entsorgungsgebühr bei solchen Paketen den Endkunden direkt.
- Importeure und Hersteller von Elektrogeräten bezahlen eine vorgezogene Entsorgungsgebühr.
- Ausländische Internethändler sollen neu eine Kontaktperson in der Schweiz benennen müssen, die damit betraut ist, die vorgezogene Entsorgungsgebühr zu entrichten.
- Der Bund erlässt ein neues Entsorgungssystem und bestimmt die Höhe der Entsorgungsgebühr fortan selber.
- ...

2.0 P (passende Möglichkeit 1.0 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck 0.5 P)

Wohnen/Recht

5a plus 11 m²/Person 0.5 P **8a**

5b 1.0 P **8b**

- Zunahme der Einpersonenhaushalte
- Höherer Lebensstandard ermöglicht mehr Komfort und damit steigt der Wohnflächenverbrauch pro Person
- Menschen werden älter und leben gesünder, bleiben auch als Alleinstehende in ihren Wohnungen
- ...

1.0 P (je 0.5 P)

- 5c** **Negative Folge:** 1.0 P **8c**
- Wenn der Wohnflächenverbrauch pro Person weiter zunimmt, werden die unverbauten Siedlungsräume für zukünftige Generationen immer kleiner. Das Land wird „grauer“.
 - grössere Verschwendung von Ressourcen
 - ...
- Massnahmen:**
- Verdichteter Bauen (in die Höhe)
 - neue gemeinschaftliche Wohnformen finden, die weniger Wohnfläche brauchen wie: Mehrgenerationenwohnen, Hausgemeinschaften, Gross-WGs
 - Raumplanung wird zentralisiert (nicht jede Gemeinde legt eigene Bauzonen fest)
 - ...
- 1.0 P (je 0.5 P)
- 6a** **20-30 / 30-40 / 40-50 / 50-60 / 60-70 / 70-80 / 80-90** 1.0 P **9a**
- 1.0 P (je 0.5 P)
- 6b** **20-30:** 2.0 P **9b**
- Abschluss Ausbildung
 - Auszug aus «Hotel Mama»
 - noch keine Familiengründung
 - Sturm- und Drang-Jahre mit dem Bedürfnis nach Autonomie und Unabhängigkeit
 - ...
- 80-90:**
- Tod von Ehepartnern
 - Demografie (Männer werden auch immer älter, gesundheitlich fitter und ziehen später ins Altersheim)
 - ...
- 2.0 P (je 0.5 P)
- 7a** Der 20-jährige deutsche IT-Spezialist Rüdiger Langendorf 1.0 P **10a**
- Der 17-jährige Lehrling Taulant Krasniqi
- Der 55-jährige und unter Beistandschaft stehende Jochen Bechler
- Der geistig behinderte Florian Fechtner, 48-jährig
- Die körperlich behinderte 18-jährige Tanja Schwerzmann
- 1.0 P (je 0.5 P für richtige Antwort, pro falsches Kreuz -0.5 P)

- 7b** 1. Gegenseitige Willensäußerung, ausdrücklich, also mündlich oder schriftlich, oder stillschweigend
2. Übereinstimmende Willensäußerung in den wesentlichen Vertragspunkten
3. Vertragsinhalte dürfen nicht widerrechtlich sein
4. Die jeweilige Formvorschrift muss eingehalten sein

1.0 P

10b

1.0 P (je 0.5 P)

7c

	Richtig	Falsch
Ein Mietvertrag darf formfrei abgeschlossen werden.	X	
Wenn ein Vermieter einem Ehepaar kündigt, reicht es, wenn er die Kündigung einem der beiden Ehepartner zustellt.		X
Der Mieter hat das Recht, vom Vermieter die Bekanntgabe des Mietzinses des Vormieters zu verlangen.	X	
Der Vermieter kann bis zu 4 Monatsmieten Kautions verlangen.		X
Es dürfen ausschliesslich Nebenkosten in Rechnung gestellt werden, die im Mietvertrag aufgeführt sind.	X	
Wenn der Vermieter einen von mir gemeldeten Mangel nicht beheben lässt, kann ich sofort den Mietzins hinterlegen.		X
Der Vermieter kann die Zustimmung zur Untermiete in jedem Fall verweigern.		X

3.5 P

10c

3.5 P (je 0.5 P)

- 8a** Eine fristlose Kündigung sieht das Gesetz nur vor, wenn der Mieter der Sache vorsätzlich schweren Schaden zufügt – zum Beispiel indem er Feuer legt. Das ist hier nicht der Fall.

1.5 P

11a

1.5 P (stimmige Antwort 0.5 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck 0.5 P)

- 8b** Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt 3 Monate für Wohnungen. Der vorliegende Untermietvertrag ist aber befristet und läuft bereits in zwei Monaten aus. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Vermieter wie Untervermieter die Hände gebunden.

2.0 P

11b

2.0 P (korrekte Frist 0.5 P; stimmige Konsequenz 0.5 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck 0.5 P)

- 8c** Ja, diese Antwort ist korrekt. Der Untermietvertrag ist eine Sache zwischen zwei Privaten, hier dem Untervermieter und dem Untermieter. Die Polizei kann nicht auf Grundlage des Privatrechts handeln. (Deshalb bleibt dem Untervermieter hier nur das Warten, bis der befristete Vertrag ausgelaufen ist.)

2.0 P

11c

2.0 P (stimmige Antwort 1.0 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck 0.5 P)

8d		PR / ÖR?	2.5 P	11d
	Die Polizei übermittelt der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen den Untermieter von Franz K. wegen illegalen Betriebens eines Bordells in einer Mietwohnung.	ÖR		
	Franz K. fordert vom Untermieter Schadenersatz für beschädigtes Mobiliar.	PR		
	Die Firma Thomas & Co. hat von der halbstaatlichen Zürcher Kantonalbank einen Kredit bekommen für die neue Wasseraufbereitungsanlage.	PR		
	Ein privater Bauherr legt Rekurs ein gegen die von der Stadt Zürich überarbeitete Bauzonenordnung.	ÖR		
	Der Präsident des FC Schwamendingen regt an, dass Entscheide im Vorstand nur mit einer Zweidrittelmehrheit Gültigkeit erlangen. Das sei in den Statuten so festzuschreiben.	PR		

2.5 P (je 0.5 P)

Staat und Politik

9a	<ul style="list-style-type: none"> • (Rechtsstaat resp.) Parlament/Präsident – (Willkürstaat resp.) Armee • ev. Volk – Regierung 	1.0 P	2a
-----------	--	-------	-----------

1.0 P (je 0.5 P)

9b	<ul style="list-style-type: none"> • Präsident: Demokratie • General: (Militär-)Diktatur 	1.0 P	2b
-----------	--	-------	-----------

1.0 P (je 0.5 P)

9c	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Kriterien</th> <th>Regierungsform: Demokratie</th> <th>Regierungsform: Diktatur</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Willensbildung</td> <td> <ul style="list-style-type: none"> - freie Meinungsäusserung - Pressefreiheit - Versammlungsfreiheit - Vereinigungsfreiheit - Pluralismus, mehrere Parteien - freiheitliche Ordnung - Mitbestimmung der Bürger </td> <td> <ul style="list-style-type: none"> - Zensur - Informationsverbot - Demonstrations- und Versammlungsverbot - Verbot der politischen Organisation (Parteien, Gewerkschaften usw.) </td> </tr> <tr> <td>Rechtssystem</td> <td> <ul style="list-style-type: none"> - Schutz und Garantie der Menschenrechte - Rechtsgleichheit keine Strafe ohne Gesetz - Rechtsschutz/ Rechtsweggarantie - Rechtssicherheit </td> <td> <ul style="list-style-type: none"> - Menschenrechtsverletzungen - willkürliche Strafen - Verfolgung politisch Andersdenkender - Folter / Todesstrafe - Zwangsarbeit </td> </tr> </tbody> </table>	Kriterien	Regierungsform: Demokratie	Regierungsform: Diktatur	Willensbildung	<ul style="list-style-type: none"> - freie Meinungsäusserung - Pressefreiheit - Versammlungsfreiheit - Vereinigungsfreiheit - Pluralismus, mehrere Parteien - freiheitliche Ordnung - Mitbestimmung der Bürger 	<ul style="list-style-type: none"> - Zensur - Informationsverbot - Demonstrations- und Versammlungsverbot - Verbot der politischen Organisation (Parteien, Gewerkschaften usw.) 	Rechtssystem	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz und Garantie der Menschenrechte - Rechtsgleichheit keine Strafe ohne Gesetz - Rechtsschutz/ Rechtsweggarantie - Rechtssicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Menschenrechtsverletzungen - willkürliche Strafen - Verfolgung politisch Andersdenkender - Folter / Todesstrafe - Zwangsarbeit 	6.0 P	2d
Kriterien	Regierungsform: Demokratie	Regierungsform: Diktatur										
Willensbildung	<ul style="list-style-type: none"> - freie Meinungsäusserung - Pressefreiheit - Versammlungsfreiheit - Vereinigungsfreiheit - Pluralismus, mehrere Parteien - freiheitliche Ordnung - Mitbestimmung der Bürger 	<ul style="list-style-type: none"> - Zensur - Informationsverbot - Demonstrations- und Versammlungsverbot - Verbot der politischen Organisation (Parteien, Gewerkschaften usw.) 										
Rechtssystem	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz und Garantie der Menschenrechte - Rechtsgleichheit keine Strafe ohne Gesetz - Rechtsschutz/ Rechtsweggarantie - Rechtssicherheit 	<ul style="list-style-type: none"> - Menschenrechtsverletzungen - willkürliche Strafen - Verfolgung politisch Andersdenkender - Folter / Todesstrafe - Zwangsarbeit 										

Machtverteilung	<ul style="list-style-type: none"> - Teilung der Gewalten - unabhängige Gerichte 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Gewaltenteilung - Führer, kleine Machtelite befiehlt - Einheitspartei, Militärjunta - gebundene Gerichte - Korruption und Vetternwirtschaft, Nepotismus
------------------------	--	---

6.0 P (je 0.5 P)

9d **Präsident:** System mit Gewaltenteilung, Aufteilung der Macht, Legitimation von Regierung und Präsident durch Wahlen 2.0 P **2c**

General:
 Aus Sicht des autoritären Militärs kann Demokratie auch Unruhe und Instabilität bedeuten. Kundgebungen und Demonstrationen verfeindeter Volksgruppen können in Gewalt münden. Um die Lage unter Kontrolle zu halten, sollen autoritäre Machthaber entscheiden, nicht das vielstimmigere Parlament.

2.0 P (logische, passende Erklärung je 1.0 P)

9e **Direkte Demokratie:** In Volksbegehren sowie Volksentscheiden bestimmen die Bürger direkt über politische Sachverhalte. Die Bevölkerung kann sich zu Entscheiden des Bundesparlaments äussern oder Verfassungsänderungen vorschlagen. Die Umsetzung der Politik erfolgt dann durch die zuständigen Behörden. 6.0 P **2e**

Indirekte Demokratie:
 Die Bevölkerung hat durch die Wahl seiner Vertreter und durch Aktivitäten in Interessenverbänden indirekt Einfluss auf die Politik. Die Bevölkerung wählt regelmässig Vertreter. Diese werden für eine bestimmte Dauer gewählt und können von der Bevölkerung auch wieder abgewählt werden. Als Abgeordnete entscheiden die gewählten Vertreter im Parlament über politische Sachverhalte.

Halbdirekte Demokratie:
 Die Bevölkerung wählt seine Vertreter in ein Parlament, dieses macht die Gesetze und wählt die Mitglieder der Regierung. Bürgerinnen und Bürger dürfen durch Volksinitiativen und Referenden in Sachfragen mitbestimmen.

6.0 P (stimmige Erklärung je 1.0 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung je 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck je 0.5 P)

10a **3a**

1 Trotz Schweizer Konsensdemokratie hat das Volk seit 1998 jede AHV-Reform abgelehnt.	Richtig	Falsch	
	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0.5 P
2 Die Bürgerlichen sind gegen die Vorlage von Mitte-Rechts. <u>Richtig:</u> Die Linken sind gegen die Vorlage	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	1.5 P

3 Die Bürgerkomitees sollen so zusammengesetzt sein, dass die Bevölkerung möglichst gut abgebildet ist. 0.5 P

4 In Irland hat das Parlament aufgrund des Vorschlags eines Bürgerkomitees die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt.
Richtig:
Das Parlament hat das Volk über die Vorlage abstimmen lassen 1.5 P

5 Der Bundesrat hätte das alleinige Recht, Bürgerkomitees einzusetzen.
Richtig:
Bundesrat und Parlament 1.5 P

6 Parallel zu den Bürgerkomitees entscheidet auch eine parlamentarische Kommission über die gleiche Vorlage.
Richtig:
Kommission begleitet und organisiert 1.5 P

7 Die Zustimmung des Parlaments zum Vorschlag des Bürgerkomitees untersteht dem Initiativrecht.
Richtig:
untersteht dem Referendum 1.5 P

8 Die Gespräche des Bürgerkomitees werden nur im Fernsehen gezeigt.
Richtig:
Die Medienkanäle sind nicht genauer definiert im Text 1.5 P

9 Medien und Parteien tragen heute dazu bei, dass die Bevölkerung in vielen Fragen immer mehr gespalten wird, weil es immer weniger um die Sache als um Personen geht. 0.5 P

Total 10.5 P (pro korrekten Entscheid 0.5 P, pro Korrektur 1.0 P)

10b 3.0 P **3b**

- Komplexe Materie
- Es geht um viel, man kann viel verlieren
- Interessen von Links/Rechts sind unterschiedlich
- Polarisierung im Parlament
- ...

3.0 P (stimmige Erklärung je 1.0 P; nur wenn Sätze: stimmige Grammatik/Rechtschreibung 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck 0.5 P)

- 10c**
 - Viel Eigenverantwortung
 - Wenig Staat
 - Für Arbeitgeber
 - Mehr Wettbewerb
 - moderater/wenig Umweltschutz
 - ... 1.0 P **3c**
1.0 P (je 0.5 P)
- 10d**
 - Für Schwächere, sozialer Ausgleich
 - gut ausgebaute Sozialwerke
 - Stärkung der Arbeitnehmerrechte / des Arbeitnehmerschutzes
 - gerechtere Verteilung
 - mehr Umweltschutz
 - ... 1.0 P **3d**
1.0 P (je 0.5 P)
- 10e** **Proporz:** 6.0 P **3e**
Aufgrund der Proporzwahl sind auch Minderheiten und Kleinparteien im Parlament vertreten und können ihre Anliegen in den Gesetzgebungsprozess einbringen. Das weitet das Spektrum der Perspektiven auf ein Thema.
Vernehmlassung:
Alle interessierten Kreise können zu einem geplanten Gesetz im Vorfeld Stellung beziehen und ihre Anliegen einbringen, also Parteien, Verbände, Kantone etc. So bekommt der Gesetzgeber wichtige Hinweise, was mehrheitsfähig ist und was nicht.
Initiativrecht:
So können neue Ideen in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden. Selbst wenn die Initiative scheitert, werden Teile der Vorlage/bestimmte Anliegen vielleicht vom Parlament aufgenommen. Oder es ist der Boden schon vorbereitet worden für eine spätere Neuauflage der Abstimmung über das Thema. Nicht selten braucht es mehrere Anläufe, bis eine neue Idee mehrheitsfähig ist und von der Bevölkerung im Rahmen einer Abstimmung angenommen wird.
6.0 P (stimmige Erklärung je 1.0 P; nur wenn Satz: stimmige Grammatik/Rechtschreibung je 0.5 P und guter sprachlicher Ausdruck je 0.5 P)
- 10f** **Folge:** 1.0 P **3f**
Er will die Gegenseite frühzeitig zu einem Kompromiss zwingen.
Grund:
Schon die bloße Drohung einer starken Gruppe, das Referendum zu ergreifen, kann bewirken, dass das Gesetz geändert und im Parlament bei der Gesetzesbesprechung eine «abgeschwächtere», mehrheitsfähigere Lösung ausgearbeitet wird. Dies aus Furcht, die Vorlage könnte an der Urne scheitern. Denn: Der Ausgang von Abstimmungen ist letztlich immer ungewiss.
1.0 P (je 0.5 P)

10g	6	Gesetzesentwurf	4.0 P	3g
	3	Das Bürgerkomitee wird von verschiedenen unabhängigen Experten über Details der Vorlage ins Bild gesetzt/weitergebildet.		
	7	Das Parlament berät den Entwurf, ändert ihn eventuell ab.		
	5	Das Bürgerkomitee trifft sich regelmässig während eines Jahres und berät die Vorlage; Teile der Debatte werden öffentlich über Medien.		
	2	Bildung der organisierenden und begleitenden Kommission		
	8	Volksabstimmung		
	1	Der Bundesrat oder das Parlament lanciert eine Stichproben-Auswahl von 50-100 Bürgern für das Bürgerkomitee, proportional ausgesucht nach Alter, Geschlecht, sozialer Klasse und Wohnsitz.		
	4	Das Bürgerkomitee wird über verschiedene Interessen, die auf dem Spiel stehen, informiert.		

4.0 P (je 0.5 P)

10h	Ein Instrument, das die AHV-Reform voranbringen könnte	3.5 P	3h
	<p>Die Reform der Altersvorsorge steckt seit Jahrzehnten in einer Sackgasse. Trotz Proporz, Vernehmlassungen und dem Initiativrecht als herausragende Merkmale der schweizerischen Konsensdemokratie hat das Stimmvolk seit 1998 insgesamt 14-mal über Reformen oder Teilreformen der AHV abgestimmt und den Vorschlägen 14-mal eine Absage erteilt.</p> <p>Was tun? Macht man weiter wie bisher, so drohen ein weiterer Zeitverlust und ein weiteres Scheitern: SP-Chef Christian Levrat hat kurz nach der jüngsten Niederlage bereits vorsorglich das Referendum gegen eine neue Vorlage von Mitte-Rechts angekündigt. Das Risiko einer weiteren Niederlage an der Urne ist gross. Höchste Zeit also, um über Innovationen in der Demokratie nachzudenken.</p> <p>Jüngere Beispiele aus Kanada und aus Irland zeigen, dass sich Bürgerkomitees in der Praxis bewähren. Ein neues Instrument, das sich gerade bei der Altersvorsorge anbieten würde, sind Mini-Publics oder Bürgerkomitees. Bürgerinnen und Bürger werden proportional nach Alter, Geschlecht, sozialer Klasse oder Wohnsitz ausgelost und dann stellvertretend für alle Staatsbürger intensiv in die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs einbezogen. Auch der belgische Journalist David Van Reybrouck befürwortet in seinem Buch «Gegen Wahlen» die Idee des Bürgerkomitees. Er plädiert dafür, dass so oft gelost wird und mit so vielen Losen, dass jeder Bürger in seinem Leben mehrfach in so einem Gremium sitzen kann, wenn er will.</p> <p>Jüngere Beispiele aus Kanada und aus Irland zeigen, dass sich Bürgerkomitees in der Praxis bewähren. In Kanada hatte die British Columbia Citizens' Assembly bereits 2004 über ein neues Wahlrecht beraten. Seit 2012 läuft in Irland ein noch grösser angelegter Versuch, und das Experiment hat durchaus Erfolg an der Urne. So schlug die Kommission etwa die gleichgeschlechtliche Ehe vor, die vom Parlament beraten, leicht modifiziert und im obligatorischen Referendum von der Bevölkerung angenommen wurde.</p>		

Wie könnte ein solches Bürgerkomitee für eine mehrheitsfähige AHV-Reform in der Schweiz aussehen? Lanciert vom Parlament beziehungsweise vom Bundesrat, würden zwischen 50 und 100 Bürgerinnen und Bürger durch eine geschichtete Stichprobe ausgewählt, um die vielfältige Schweizer Bevölkerung zu repräsentieren und einen neuen Gesetzesvorschlag für die AHV-Reform auszuarbeiten. Dann wird auch eine Kommission eingesetzt, welche die Diskussionen des Komitees neutral organisiert und durchführt.

Die Mitglieder des Bürgerkomitees treffen sich während eines Jahrs regelmässig und werden hierfür finanziell entschädigt. Zuerst werden sie von unterschiedlichen und unabhängigen Experten über die komplexen Details von Altersvorsorgeplänen weitergebildet. Dann lernen sie die verschiedenen Interessen kennen, die auf dem Spiel stehen. Basierend auf diesen Inputs berät die Gruppe dann. Teile der Debatten werden öffentlich zugänglich gemacht über entsprechende Medienkanäle, damit auch die restliche Bevölkerung bei den Diskussionen zumindest passiv dabei ist.

Die Debatten münden dann in einen Gesetzesentwurf zur Altersvorsorge. Dieser Entwurf wird dann vom Parlament diskutiert und vermutlich noch da und dort abgeändert. Sollte sich das Parlament für die Annahme des Vorschlages entscheiden, würde dieser Entscheid wiederum dem Referendum unterstehen.

Die positiven Effekte einer Bürgerversammlung sind vielfältig. Wie die Beispiele in Kanada und in Irland gezeigt haben, **wird in Bürgerversammlungen der Einfluss von Parteistrategien und ökonomischen und sozialen Ungleichheiten marginalisiert [stark verringert, abgebaut, verkleinert]**. Dies wiederum hat den gewünschten Effekt, dass die **Qualität des inhaltlichen Gesprächs besser** wird. Die Teilnehmenden erwägen abweichende Überlegungen ernsthaft und gehen auf die anderen Argumente so ein, dass sie auch einmal bereit sind, ihre Meinung aufzugeben oder abzuändern. Sie sind **frei, nach Vernunftkriterien zu politisieren und suchen Kompromisse**. Das ist etwas, was mit der allgemeinen Medialisierung, Personalisierung und Parteiisierung der Politik fast vergessen ging. Der Spaltpilz wurde zur Strategie in unseren Demokratien.

In Bürgerkomitees nun können neue Ideen vorgebracht werden, ohne dass Parteifilter oder Gedanken an die Wiederwahl diese bereits im Keim ersticken. Auch führen die Experteninputs zu **Lerneffekten auf Bürgerseite**. Ausserdem könnte ein solches Vorgehen dazu führen, dass das **Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den vorgeschlagenen inhaltlichen Kompromiss grösser ist als jetzt**, auch weil sie selber an der inhaltlichen Ausgestaltung des Vorschlages beteiligt waren.

Es gibt keine Garantie, dass Vorschläge von Bürgerkomitees immer mehrheitsfähig sind. Aber die Vorteile von Diskussionen unter diesen Rahmenbedingungen sind auch jenseits eines möglichen Erfolgs an der Urne gegeben. Gegenüber anderen Beteiligungsformen wie Konsultationen oder Vernehmlassungen bieten sie normalen Bürgerinnen und Bürgern eine **wertvolle unmittelbare Demokratieerfahrung durch die Beteiligung an Gesetzesentwürfen**. Und sie dienen dazu, die unterschiedlichen Ideen, Überzeugungen und Gründe der Teilnehmenden den gewählten Politikern und der Öffentlichkeit kenntlich zu machen, wie sie in einer einfachen Ja-/Nein-Antwort nicht sichtbar werden. Angesichts der andauernden Krise bezüglich der anspruchsvollen AHV-Reform in der Schweiz könnte sich die innovative Schweizer Demokratie eine weitere demokratische Innovation zunutze machen: ein Bürgerkomitee.

3.5 P (je 0.5 P)

10i Im Text zu markieren (erster Satz im zweitletzten Abschnitt)

Es gibt keine Garantie, dass Vorschläge von Bürgerkomitees immer mehrheitsfähig sind.

1.5 P

3i

Weitere mögliche Argumente:

- Laien sind überfordert
- zu wenige sind interessiert, mitzumachen
- kostet viel
- kompliziert; organisatorische Hürden, neue Schnittstellen/ Koordinationsbedarf
- Anderes System (Losverfahren), aber gleiche Probleme
- Auch Bürgerinnen und Bürger vertreten Eigeninteressen, nicht nur Politiker.
- ...

1.5 P (je 0.5 P)

11 Mögliche Argumente für Bürgerkomitees:

15.5 P

4

- Einfluss von Parteistrategien und ökonomischen und sozialen Ungleichheiten wird stark verringert, verkleinert
- Qualität des inhaltlichen Gesprächs wird besser
- Teilnehmende sind frei, nach Vernunftkriterien zu politisieren und suchen Kompromisse.
- Neue Ideen können vorgebracht werden, ohne dass Parteifilter oder Gedanken an die Wiederwahl diese bereits im Keim ersticken.
- Experteninputs führen zu Lerneffekten auf Bürgerseite.
- Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den vorgeschlagenen inhaltlichen Kompromiss
- wertvolle unmittelbare Demokratieerfahrung für Bürgerinnen und Bürger.
- ...

Mögliche Argumente gegen Bürgerkomitees:

- siehe Lösung zu 10i/3i
- ...

Bewertungsschema «Kommentar»

Titel:	Inhaltlich präziser, aussagekräftiger Titel	1.0 P
Textgliederung:	Einleitung, Hauptteil, Schlussteil sind vorhanden und voneinander abgesetzt	2.0 P
Nachhaltigkeit:	Begriff Nachhaltigkeit stimmig eingebaut	1.0 P
Argumente:	Drei sinnvolle Argumente sind stimmig eingebaut.	3.0 P
Entscheidung:	Begründete Entscheidung am Schluss	1.0 P
Wortschatz:	Korrekte Anwendung der Begriffe: abwechslungsreicher, treffender Wortschatz, keine mündliche Umgangssprache	1.5 P
Abschnitte:	Sinnvolle Verbindung der Abschnitte	1.0 P
Grammatik:	Korrekte Grammatik	2.0 P
Rechtschreibung:	Korrekte Rechtschreibung und Zeichensetzung	2.0 P
Umfang:	Umfang von 100-120 Wörtern	1.0 P

Total maximal 15.5 P

A

B

A

B
